

Einhard Schmidt (München):

DIE SELBSTDARSTELLUNG DER DEUTSCHEN GEOGRAPHIE AUF DEM
38. DEUTSCHEN GEOGRAPHTAG IN ERLANGEN/NORNBERG,
PFINGSTEN 1971

"Die Aufgabe der Geographie in der menschlichen Umweltausein-
andersetzung im weitesten Sinn und die Bestimmung des geographischen
Standortes in einem System veränderter Bildungsziele der Zukunft
stehen im Mittelpunkt der Diskussion."

Mit dieser Pressemitteilung über den 38. Deutschen Geographentag
in Erlangen versuchten die Veranstalter, das neue Image der
Geographie publik zu machen.

Genau diese diffuse Vorstellung von Aktualität in der Thematik,
ja auch von gesellschaftlichem Bezug, hatte wohl die große Fülle
der Wissenschafts-Konsumenten nach Erlangen gelockt. Festlegung
auf einen bestimmten Standpunkt brauchte niemand zu befürchten -
der "streng wissenschaftliche" Charakter der Tagung blieb ja
gewahrt. Mit 1700 Teilnehmern (davon 400 Studenten, 600 Schul-
geographen) war dieser Geographentag der - zahlenmäßig - größte
in der Geschichte dieser Veranstaltung.

In merkwürdigem Gegensatz zur Konsumentenhaltung der meisten
Teilnehmer stand die Absicht des Zentralverbandes der Geographie,
das auf einer Klausurtagung in Tutzing (auf Initiative von Geipel,
München) vorbereitete raumwissenschaftliche Curriculum-Projekt
auf der Schwerpunktsitzung "Wege zu veränderten Bildungszielen
in der Geographie" nicht nur zu diskutieren, sondern möglichst
auch als Antrag an Bund und Länder zu verabschieden.

Der Diskrepanz zwischen dem traditionellen Stil des Geographen-
tages als eines wissenschaftlichen Forums und der Notwendigkeit,
eine politische Entscheidung zu treffen, war auch der Zentral-
verband innegeworden: Er verlegte die ursprünglich vorgesehene
Abstimmung im Plenum in ein Wahlmännnergremium mit sonderbaren
Paritäten (um dessen Legitimation im übrigen die hitzigsten De-
batten der Tagung ausgefochten wurden). So behielt das Plenum
seinen unverbindlichen Charakter; nur einmal wurde es in einem
Meinungsbild um Akklamation gebeten. Angesichts der rezeptiven
Erwartungshaltung des Publikums indessen wäre alles andere
Illusion gewesen.

Ein Spiegelbild dieses Plenums stellten die Vollversammlungen der Studenten am Rande des Kongresses dar. Zwar trafen sich die Studenten allabendlich, um (oft bis Mitternacht) über die Argumentation im Plenum, insbesondere die Haltung zum Curriculum-Projekt und die Zukunft des eigenen Verbandes zu beraten. Doch statt kontroverse inhaltliche Diskussionen zu führen - die verschiedene Fraktionen als Ausdruck politischer Positionen zum Vorschein gebracht hätten - begab man sich auf die Suche nach "den" studentischen Interessen. Treffsichere Kritik in den beiden Flugblättern zum Curriculum-Projekt war eher Produkt des Zufalls (sprich: des Formulierungsgeschicks engagierter einzelner). Studentische Uraltfunktionäre (Schultes, Berlin; Tigemann, Münster) wiegelten mit dem Hinweis ab, die Grundsatzdiskussion für den Verband sei bereits in Kiel (1969) und in Frankfurt (1970) geführt worden; daran hätten sich die kommenden Generationen zu halten! Nur mißlich, daß im Freudentaumel über die gelungene vereinsrechtliche Verankerung und die Anerkennung des studentischen Fachverbandes als Gesprächspartner der Professoren die Ergebnisse jener Grundsatzdiskussion augenscheinlich in Vergessenheit geraten waren

Einen letzten Versuch, die Studentenvollversammlung in ihrer Vereinsmeierei zu verunsichern, unternahm die Gruppe Roter Globus am vorletzten Tag mit ihrer "Stellungnahme zum 38. Deutschen Geographentag". Aber zu dem Zeitpunkt war die Rettung des Vereins - und sei es auch ohne Zielbestimmung - längst zur vorrangigen Aufgabe geworden. Über das Marburger Papier wurde nicht diskutiert.

Der Rahmen, in dem solche Diskussionen sinnvoll zu führen sind, muß noch gefunden werden. Vielleicht ist der Rote Globus ein Medium. Auf Seite 3 der Stellungnahme heißt es: "Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es die Hauptaufgabe der politischen und ökonomischen Geographie, Gegenmodelle zu entwickeln und Kritik an der bürgerlichen Ideologie zu üben."

Sehr zu Recht ist dieser Aufgabenbestimmung eine historische Einordnung der Geographie in ihrer jeweiligen Funktion für die Gesellschaft ihrer Zeit vorangestellt.

Danach habe der 38. Deutsche Geographentag gezeigt, wie in der Geographie - alte Tradition wieder aufnehmend - "nach zunehmender Aufgabe eines - subjektiven Auslegungen zugänglichen - neodeterministischen Landschaftskonzepts, das für eine direkt wirtschaft-

liche Verwendung relativ ungeeignet war, der Anschluß an die Bedürfnisse des Monopolkapitals mit der neuen raumplanenden Sozialgeographie gefunden wurde. Wiederum geht die Geographie mit den Interessen der Herrschenden eine enge Symbiose ein." Diese Interpretation ist mir allerdings zu einsinnig. Ich habe vom 38. Deutschen Geographentag ein differenzierteres Bild in Erinnerung behalten. Weil eine zutreffende Analyse des Vorfindlichen unabdingbare Voraussetzung für politische Strategien ist, will ich meinen Eindruck vom Geographentag hier darstellen.

"Der Geographentag war - wie die olympischen Spiele, bei den alten Griechen - stets eine Zeit des inneren Burgfriedens, der oft weit über die Tagungen hinauswirkte. Antagonisten sahen sich einmal von Angesicht, und da alle hier als eine Familie auftraten, fand so mancher ererbte Streit wissenschaftlicher wie persönlicher Art sein Grab." 1)

Dieser Anspruch war indessen schon 1969 in Kiel nicht mehr durchzuhalten gewesen: "Die ungerateten Kinder hatten die geographischen Tischsitten verletzt, sie hatten gegen den Corpsgeist verstoßen." 2) Man wird nicht einmal behaupten können, daß die Etiketteverletzung der Studenten die geschlossene Gegenwehr der Ordinarien hervorgeufen hätte. Einige Liberale waren eher froh, daß endlich einmal Diskussion statt Verbrüderung den Geographentag prägte. Schöllner in seinem Kieler Schlußwort: "Wir sind nicht davongekommen Wir müssen die Existenzfrage des Faches immer wieder stellen." Der erste Tag des diesjährigen Geographentages, der "Beiträge der Wissenschaft zur Entscheidungsvorbereitung in der Gebietsreform" brachte, übersprang beide Formen: Familienfeier wie wissenschaftlichen Disput. Er war Selbstdarstellung der gewandelten Geographie und Anbiederung bei den derzeitigen Politikern. Rupperts Detailkritik an den bayerischen Gebietsreformplänen oder die Bemerkungen über Demokratisierung von Grauhan (Konstanz) taten dem keinen Abbruch. Dafür erfreute Moewes (Gießen) ("Gebietsreform zwischen menschlichen Bedürfnissen und räumlichen Möglichkeiten") das Beifall-klopfende Publikum mit seiner Marcuse-Kritik: Welch ein Unsinn, von unterdrückten oder von manipulierten Bedürfnissen zu reden!

1) J. Büdel, Die Zukunft des Geographentages, GZ 54 (1966). S. 186.

2) H. Böttcher, 37. Deutscher Geographentag - Anmerkungen zur Diskussion über das Thema: "Der Geograph in Ausbildung und Beruf". Geografiker 4 (1970). S. 3.

Wolle man die Menschen glücklicher machen, müsse man ausschließlich die empirisch nachweisbaren Bedürfnisse befriedigen. Friedo Wagners technokratische Kriterien für die Bestimmung von Mindestgrößen (z.B. Aktionsradius einer freiwilligen Feuerwehr) nötigten sogar manchem Wohlwollenden ein Kopfschütteln ab. Der Berufsgeographenverband als Veranstalter maß den Erfolg dieses Tages ("unser Nachmittag") weniger an der Substanz der Vorträge als am Gelingen der Dramaturgie: "... kann mit Genugtuung vermerkt werden, daß die Sitzungsleiter sich durchweg um straffe Einhaltung des Zeitplanes bemühten ... Die einzige, allerdings recht ungehörige Disziplinlosigkeit, als Moewes-Gießen seine Zeit um mehr als das Doppelte überschritt." 3)

Geographie wieder eine anwendungsbezogene Wissenschaft im Dienste der jeweils Herrschenden - das war zweifellos der Eindruck von diesem ersten Vortragszyklus.

Aber die deutsche Geographie stellte sich auch anders dar: Zunächst die von G. Hard aufgewiesene "Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" auch hier 4). In der Schwerpunktsitzung über neue Bildungsziele in der Geographie schwang sich zwar keiner der Traditionalisten mehr zu einer großangelegten Länderkunde-Verteidigung auf wie noch in Kiel. Von den Alten hielt nur Büdel eine längere Rede, in der er seiner Auffassung vom Geographentag als einer Familienfeier treu blieb: Statt zu argumentieren, verwies er auf Anciennität: Er habe schließlich schon 100 Semester Geographie hinter sich.

Dafür fanden in den mehr peripheren Sitzungen Bekenntnisse zur allumfassenden Synthese in der Länderkunde dankbare Zuhörer. In einer Vortragssitzung über Entwicklungsprobleme Ostafrikas zollte Weigt als Sitzungsleiter einem eklektizistischen Referat von R. Jätzold (Saarbrücken) ("Entwicklungsprobleme der Schwemmlandebenen an der Tansania-Zambia-Eisenbahn") hohes Lob für die gelungene Synthese, derer heute wie einst nur der Geograph fähig sei.

3) Verband deutscher Berufsgeographen e.V. Rundschreiben 3/71 S.3.

4) Geografiker 6 (1971). S. 12 - 23.

Die Wissenschaftsjünger in den letzten Bänken waren dieses Mal so taktvoll, ihren Dissens nur durch verhaltenes Gelächter kundzutun.

Überraschend nach solchen Selbstgefälligkeiten war das Referat von Vorlauffer (Frankfurt) über das Netz der zentralen Orte in Tansania in derselben Sitzung. Vorlauffer ging von der Frage aus, wieweit die unter konkurrenzkapitalistischen Bedingungen entwickelte zentralörtliche Theorie Christallers auf eine Wirtschaft mit sozialistischen Entwicklungszielen wie in Tansania anwendbar sei. Gegen das auf Profitmaximierung basierende zentralörtliche Netz stellte er die Forderung nach einer Netzgestaltung, die Wegeminimierung der Konsumenten zum Kriterium nimmt. Wissenschaft mit sozialistischer Grundperspektive - auch dafür gibt es in der institutionalisierten Geographie einen Freiraum! Verblüfft waren besonders jene Studenten, die in der Curriculum-Diskussion mit vorsichtiger Wortwahl (dabei den Begriff "Sozialismus" zumeist vermeidend) aufgefordert hatten, die Diskussion politischer Ziele nicht auszuklammern, und dabei auf schroffen Widerspruch der Curriculum-Reformer gestoßen waren.

Die Diskussion über Vorlaufers Referat erging sich in abseitigen Detailfragen zu den Erhebungsmethoden und zur Landeskunde Tansanias. Die Bemerkungen zum Sozialismus in Tansania wurden als persönliche Meinung eines einzelnen Forschers anerkannt.

Es besteht eben ein Unterschied zwischen dem igenverantwortlichen Gelehrten und der Kritik eines Kollektivs von Studenten..... Noch eher geeignet, das Geographentags-Facit des Roten Globus zu differenzieren, scheint mir ein Rückblick auf die Freitagsitzung über "Methoden und Ergebnisse der Bevölkerungs- und Sozialgeographie" zu sein.

Am Anfang standen zwei längere Vortragssequenzen von einer Bonner und einer Frankfurter Gruppe (Kuls, Borghoff, Kemper, Böhn bzw. Wolf, Hantschel, Mammey, Schreiber), die die Rezeption neuerer geostatistischer Methoden nun auch in Deutschland demonstrierten. Über der vom Computer ausgehenden Faszination schienen freilich stellenweise klare Fragestellung und Problemdefinition verlorengegangen, von der Frage nach Relevanz ganz zu schweigen. Zu recht fühlten sich viele Zuhörer von den Computer-Leuten, die geheimnisten, statt zu erklären, übertölpelt.

Nicht minder fragwürdig erschien der Versuch H.Dürres (Hamburg), einen Beitrag zum "zweckfreien Aufbau sozialgeographischer Kategorien" zu leisten oder F.Schaffers Referat über "Prozeßtypen räumlicher Mobilität", in dem der Vortragende aller Kritik zum Trotz seinem funktionsgesellschaftlichen Konzept treu blieb.

Das verfeinerte Methoden nicht von der Reflexion über den Auftrag der Wissenschaft entbinden, machten K.Ganser und V.Kreibich (beide München) deutlich.

War aus Gansers Referat über Bevölkerungsprognosen noch nicht ganz ersichtlich, wie diese den verbal geforderten Beitrag zur Demokratisierung von Planung wirklich leisten könnten, so stellte Kreibich in seinem Vortrag über "Modelle zur Simulation der Wahl des Arbeitsortes" sehr viel konkreter die Frage, wie "administrative Planung und reaktives Verhalten durch interaktive Planung abzulösen" sei. Er umriß, daß der Einsatz von Simulationsmodellen Transparenz in offener Planung fördern könne.

Mindestens Kreibichs Referat zeigte: Sozialgeographie hat nicht durchweg eine sozialtechnisch reduzierte Perspektive, emanzipatorische Tendenzen sind durchaus vorhanden, wenn auch die polit-ökonomischen Bedingungen partizipatorischer Planung immer noch ausgeblendet bleiben.

Diese Beschränkung ist eine entscheidende Schwäche. Und man mag deshalb das Reden von kommunikativer Planung für Idealismus halten, der im Zweifel hilflos gegenüber Realitäten ist.

Ich halte diese Ansätze trotzdem für fortschrittlich und ich bin nicht einmal der Ansicht, daß sie so ohne weiteres ins System integrierbar wären.

Die Stellungnahme des "Roten Globus" schließt mit der Forderung: "Die Studenten, wollen sie Politik betreiben, müssen sich vorher entscheiden, auf welcher Seite sie kämpfen wollen, und erst von hier kann eine Einschätzung ihrer Aktivitäten und Projekte geleistet werden."

Die Forderung nach Parteilichkeit wird in dieser Allgemeinheit jeder Marxist unterstützen - aber wie sehen denn praktisch die beiden Seiten aus, zwischen denen sich die Studenten entscheiden sollen?

Haben wir denn eine zutreffende Klassenanalyse für die BRD der 70er Jahre, wer gehört denn heute zu der "kleinen Gruppe, die die Masse der Bevölkerung zwingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um existieren zu können", wer gehört denn andererseits zur Arbeiterklasse? - Gewiß Fragen, die sich nicht rein theoretisch klären lassen, die erst in politischer Praxis entscheidbar werden. Ich meine nur, solange diese Fragen nicht einmal vorläufig geklärt sind, ist es auch zu früh, die Sozialgeographie pauschal als bürgerliche Wissenschaft abzuqualifizieren, wie es die Gruppe "Roter Globus" in Diskussionen auf dem Geographentag tat.

Gerade die Sozialgeographie hat seit ihren verspäteten Anfängen im deutschen Sprachraum eine kritische Funktion gehabt, die man nicht einfach vernachlässigen kann. In deutlicher Antithese gegen deterministisch verhaftete Landschaftskonzepte hat Hartke die Kulturlandschaft als Ergebnis immer neuer Bewertung durch menschliche Gruppen dargestellt. 5)

Bobek hat immer wieder jenen widersprochen, die neben die Sozialgeographie die Gestaltungskraft der Persönlichkeit als einen Gegenstand sozialgeographischer Forschung stellen wollten. 6)

Schließlich sei an die politisch-geographischen Arbeiten P.Schöllers erinnert, der statt moralisierender, aber im Grunde apologetischer Auseinandersetzung mit der Geopolitik 7) den anachronistischen, von der Gesellschaft gelösten Staatsbegriff der bisherigen Politischen Geographie kritisierte und sozialgeographische Behandlung der raumwirksamen Staatstätigkeit forderte. 8)

-
- 5) W. Hartke, Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens. Erdkunde 13 (1959). S. 426-436.
 - 6) H. Bobek, Kann die Sozialgeographie in der Wirtschaftsgeographie aufgehen? Erdkunde 16 (1962). S. 119-126.
als Entgegnung auf: E. Otremba, Die Gestaltungskraft der Gruppe und der Persönlichkeit in der Landschaft. Deutscher Geographentag Köln 1961. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Wiesbaden 1962.
 - 7) Das beste Beispiel für diese Art von Auseinandersetzung mit der Geopolitik ist Trolls Rechenschaftsbericht: C. Troll, Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1933-1945. Erdkunde 1 (1947). S. 19f.
 - 8) P. Schöller, Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik. Erdkunde 11 (1957). S. 1 - 20.

Ich habe den Eindruck, daß da, wo diese kritische Tradition der Sozialgeographie noch lebendig ist, bislang eine bedingungslose Funktionalisierung im Dienste jedweder Planung ausgeschlossen war.

Noedeterminismen im Umweltschutz oder das populäre Gerede, daß "der Mensch" seine eigene Umwelt zugrunde richte, darf sich ein Sozialgeograph eigentlich nicht bieten lassen.

Ohne Frage hat sich "der Übergang von der klassischen Landschaftsforschung zur Wirtschafts- und Sozialgeographie inzwischen deutlicher vollzogen" als in den Arbeiten von Hartke und Bobek. 9)

Zu diesem - vom Standpunkt fruchtbarer Forschungsmethodik aus - sicher notwendigen Wandel gehörte auch die Anlehnung an das theoretische Gebäude der funktionalistischen Soziologie. Der älteren Sozialgeographie wurde neuerdings schon zum Vorwurf gemacht, den Funktionalismus nur unzureichend rezipiert zu haben. 10)

Hier schlägt der vormals emanzipatorische Ansatz in der Tat in Anpassung um. Zumal Schaffers Vulgär-Funktionalismus, dessen auf sieben Grunddaseinsfunktionen basierende Konzeption der Sozialgeographie wegen ihrer Einfachheit den Beifall vieler Didaktiker gefunden hat, fehlt das kategoriale Instrumentarium für politische Fragen. Aber diese Richtung ist nicht die ganze Sozialgeographie. Das wurde auch in der Curriculum-Sitzung auf dem Geographentag offenbar: Wenn auch die Studenten am bestmtesten auftraten, so blieben ihre kritischen Anfragen doch nicht die einzigen.

Auch Bobek bezweifelte in einer Diskussionsbemerkung zu den neuen Lernzielen, ob der Lehrer künftig zwischen allen politischen Stühlen werde Neutralität wahren können.

Viel eindeutiger hörte sich Schaffers Stellungnahme in ähnlichem Zusammenhang an: Für ihn war längst entschieden, daß Wissenschaft, die ihr erkenntnisleitendes Interesse zugibt, zu schierer Ideologie herabsinkt.

Wir beobachten heute, wie der Funktionalismus in der Sozialgeographie immer mehr Anhänger findet -und trotzdem zeigte der 38. Deutsche Geographentag besser als sein Vorgänger in Kiel, daß auch die anderen, mehr kritischen Traditionen der Sozialgeographie weiter wirksam sind.

9) D. Bartels, Wirtschafts- und Sozialgeographie. Köln/Berlin 1970 S. 113.

10) M. Fürstenberg, Versuch einer erkenntnistheoretischen Analyse sozialgeographischer Methoden. Geographiker 4 (1970). S. 34-47.